

Herrn  
Oberbürgermeister Andreas Brand

Cc:  
EBM Fabian Müller  
BM Dieter Stauber  
BM Andreas Hein  
Geschäftsstelle des Gemeinderats

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**  
**Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen**  
Schanzstraße 14  
88045 Friedrichshafen  
☎ 07541/203-7930  
✉ [fraktion@gruene-fn.de](mailto:fraktion@gruene-fn.de)

**Fraktionsvorsitzende**  
Anna Hochmuth  
✉ [anna.hochmuth@rat.friedrichshafen.de](mailto:anna.hochmuth@rat.friedrichshafen.de)

**Ansprechpartnerin**  
Christine Heimpel  
✉ [christine.heimpel@rat.friedrichshafen.de](mailto:christine.heimpel@rat.friedrichshafen.de)

Friedrichshafen, 11.12.2023

**Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Beschlussantrag der Verwaltung die Resolution „Aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Friedrichshafen und kommunale Erwartungen an den Bund“ mit den Beschlusspunkten 1.) bis 3.) ohne weitere Vorberatung in den Ausschüssen im Gemeinderat zu beschließen.**

Die von der Verwaltung vorgelegte Erklärung zur „Aktuellen Flüchtlingssituation in der Stadt Friedrichshafen und kommunale Erwartungen an den Bund“ wirft bei uns einige Fragen auf, die wir gerne – möglichst in öffentlicher Sitzung – geklärt haben möchten.

Unsere Fragen und Anmerkungen:

**1. Ausgangslage landesweit:**

- Bei den genannten Zahlen, die in Bezug auf Asylsuchende, Geflüchtete aus der Ukraine und im Rahmen der humanitären Aufnahme für BW genannt werden, fehlt die Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern (Anzahl der Geflüchteten pro Kopf der Bevölkerung). Bitte reichen Sie diese nach.
- Des Weiteren fehlt nach unserem Verständnis in der Erklärung der Verwaltung für diese Thematik auch der Blick auf unsere Nachbarländer, zu denen der Gemeindetag u.a. vorschlägt, als Sofortmaßnahme die „Begrenzung irregulärer Zuwanderung an Außengrenzen durch Grenzkontrollen an deutschen Außengrenzen“ einzuführen. Wir bitten darum, deutlich zu machen, welche Nachbarländer gemeint sind (Österreich, Italien, Polen, Tschechien, ...)?

**2. Die „kommunalpolitische Aufgabe vor Ort, die Grenzen des Leistbaren zu erkennen und im Sinne eines gesamtverantwortlichen Handelns auf ein gutes Miteinander innerhalb der Ortsgemeinschaft zu achten. Hierzu gehört auch, dass nicht auf Dauer gegen eine abnehmende Akzeptanz weiter ansteigende Zugänge von geflüchteten Personen erfolgen können.“**

- Hier erwarten wir aussagekräftige Aussagen und Zahlen. Was genau ist unter „leistbar“ zu verstehen? Woran liegt es, dass in Friedrichshafen, anders als in anderen Kommunen (uns bekannte Beispiele sind Karlsruhe, Gießen, Weingarten, Konstanz, Hebertshausen bei München) manche Dinge nicht als „leistbar“ eingestuft werden? Was genau bedeutet „abnehmende Akzeptanz“? Wie sehr hängt diese ggf. mit mangelnder Information und Aufklärung zusammen?

Auch in anderem Zusammenhang wurde dem Gemeinderat jüngst mit dem Verweis auf eine mutmaßliche „Nicht-Akzeptanz“ verwaltungsseitig die Unterlassung von Maßnahmen vorgeschlagen. Sollte dies der neue (politische) Leistungsanspruch der Verwaltung sein, missbilligen wir diese destruktive Haltung und Vorgehensweise ausdrücklich.

### **3. Die Integrationsressourcen in Kitas, Schulen, ärztlicher Versorgung und Sprachkurse sind überlastet. Die Ausländerbehörde arbeitet weit über dem Limit.“**

- Auch hier erwarten wir aussagekräftige Zahlen für Friedrichshafen. Für die Kitas wird unter „Ausgangslage vor Ort in Friedrichshafen“ die Zahl „mindestens 85 Kita-Plätze“ genannt, die aktuell von Kindern aus geflüchteten Familien belegt werden. Wir bitten darum, diese Zahl in Relation zu setzen mit den fehlenden Kita-Plätzen, die nicht im Zusammenhang mit Kindern aus Fluchtfamilien stehen.
- Bislang wurde die Situation an Häfler Schulen im Gemeinderat nicht thematisiert. 584 Schüler:innen aus Fluchtfamilien sind eine hohe Zahl. Hier bitten wir um einen Sachstandsbericht zur Situation an den Häfler Schulen und die Auswirkung der stark angestiegenen Schüler:innenzahlen auf Ausstattung und Raumprogramm. Da wir in den vergangenen Jahren bereits mehrfach über Gutachten von Biregio beraten haben, in denen jeweils immer von steigenden Schüler:innenzahlen ausgegangen wurde, interessiert uns zusätzlich, wie sich die Situation heute darstellen würde, wenn wir den Empfehlungen aus den Gutachten jeweils gefolgt wären.
- Inwiefern leidet die nicht migrantische Bevölkerung unter einer mangelnden ärztlichen Versorgung aufgrund der hohen Zahl von Geflüchteten in Friedrichshafen (bis heute 2.800)? Gibt es hier eine Rückmeldung der niedergelassenen Ärzte in Friedrichshafen? Wie wäre die Situation ohne die zugewanderten 2.800 Personen? Wir bitten hier um Zahlen, Daten, Fakten.
- „In Friedrichshafen gibt es 40 Sprachkurse mit 916 Plätzen.“ Dies stellt von außen betrachtet ein gutes Angebot dar, wenn man davon ausgehen darf, dass aufgrund von bereits erworbenen guten Sprachkenntnissen nicht mehr alle rund 2.000 Personen (2.800 abzüglich der Kinder U3 und Ü3 sowie der Schüler:innen) einen Sprachkurs besuchen müssen. Dass es hier zu Wartezeiten auf den „richtigen“ Kurs kommen kann, erscheint uns nachvollziehbar und annehmbar. Außerdem gehen wir davon aus, dass gerade Sprache / Sprachförderung ein gutes Angebot im Bereich des BE sein kann und in den Helferkreisen auch mitgetragen wird.
- „Die Ausländerbehörde arbeitet am Limit.“ Hier bitten wir um einen Sachstandsbericht, inklusive der personellen Situation. Wie viele Mitarbeiter:innen arbeiten aktuell im Ausländeramt, wie viele Stellen sind unbesetzt und wie viele Stellen sind aktuell ausgeschrieben? Hängt eine eventuelle Unterbesetzung des Amtes mit der laufenden Organisationsuntersuchung und Aufgabenkritik zusammen? Wie und wann soll diese behoben werden, um die Mitarbeiter:innen ggf. zu entlasten?

- Das Thema Wohnen wird in der Erklärung gänzlich ausgespart. Dabei liegt unserer Meinung nach gerade hier einer der Hauptknackpunkte. In Friedrichshafen wird aktuell nachweislich zu wenig bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt. Wir bitten hier um den Sachstand zur Zweckentfremdungssatzung, die unserer Meinung nach ein entscheidendes Instrument darstellt, vorhanden Wohnraum zugänglich zu machen. Außerdem sehen wir eine Mitverantwortung von Verwaltung und Gemeinderat, dass viele Maßnahmen seit mindestens 2014 trotz gültiger Gemeinderatsbeschlüsse bis heute nicht umgesetzt sind. Exemplarisch hierfür genannt werden soll die immer noch nicht erfolgte Bebauung im Wachirweg, die bereits im November 2019 vom Gemeinderat beschlossen wurde.
- 4. „Die Signale aus den Kommunen, dass die Belastungsgrenze erreicht ist und eine Begrenzungsstrategie notwendig wird (...)“**
- Laut der Befragung der Universität Hildesheim und des Mediendienstes Integration, geben 40 % der Kommunen an, sie seien überlastet und durch die Geflüchteten überfordert. Diese Kommunen geben an, sie befänden sich in einem Notfallmodus. 58 %, und damit eine Mehrheit, gibt an, die Situation als herausfordernd, aber noch machbar zu erleben. 1,5 % bezeichnen die Lage sogar als entspannt. Mit der Vorlage der Verwaltung und dem Beschlusspunkt 2.) „Der Gemeinderat bekräftigt, dass bei der Unterbringung, Versorgung und Integration vor Ort die Belastungsgrenze erreicht ist.“, entsteht der Eindruck, dass Friedrichshafen sich zu den 40 % der Gemeinden zählt, die angeben „überlastet und überfordert“ zu sein. Wenn dem so ist, woran wird diese Einschätzung – auch im Vergleich zu anderen Gemeinden – festgemacht? Wir bitten hier um konkrete, vergleichbare Beispiele und Zahlen.
- 5. BW-Check des Instituts Allensbach: „39 % der Befragten gaben an, dass die Landesregierung das Wohl der Flüchtlinge über das Wohl der Menschen stelle.“**
- Hier bitten wir um die Definition von „Flüchtlingen“ und „Menschen“ und hoffen inständig, dass hier nicht absichtlich differenziert wurde. Bedenkenswert finden wir, dass eine solche Aussage vom Gemeindegtag verbreitet und von der Stadt Friedrichshafen unkommentiert übernommen wird.
- 6. Dbb Bürgerbefragung 2023: „ – ist das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen, bzw. lösen zu können, auf 27 % gesunken.“ (ff)**
- Resolutionen wie diese tragen unseres Erachtens genau dazu bei, das Vertrauen in die Fähigkeiten zur Problemlösung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu senken. Die Aufgabe, die die Verwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat zu leisten hat, besteht darin, Sicherheit in unsicheren Zeiten herzustellen. Krisen, wie wir sie in den vergangenen Jahren und bis heute erlebt haben und erleben, werden vermutlich noch sehr lange ein fester Bestandteil unseres Lebens bleiben. Hat die Verwaltung bereits Maßnahmen ergriffen, die zur Steigerung der Resilienz führen? Gibt es ein Risikomanagement? Wir bitten um einen Sachvortrag, der die Planungen und Perspektiven beinhaltet.
  - Außerdem bitten wir darum, die Best-Practice-Beispiele aus den Städten Karlsruhe, Weingarten, Gießen, Konstanz und ggf. weitere, für Friedrichshafen zu prüfen. Denn wir fragen uns schon, ob wir als Gemeinde und Stadtgesellschaft bis zum heutigen Tag wirklich alle Möglichkeiten und Ressourcen ausgeschöpft haben, die uns zum

Unterzeichnen der vorgelegten Resolution bewegen sollten. Insbesondere bitten wir um folgende Informationen:

- Abteilung Integration: Wir bitten um einen Tätigkeitsbericht der Abteilung sowie um die Bekanntmachung des Sachstands „Integrationsplan für die Stadt Friedrichshafen“ im Gemeinderat.
- Integrationsbeirat: Wir bitten um einen Tätigkeitsbericht unter Einbeziehung der Mitglieder. Zeigt die Umstrukturierung des Gremiums Wirkung? Welche Themen werden im Beirat besprochen? Der Gemeinderat, bzw. der zuständige Ausschuss KSA sind weitgehend von der Arbeit des Integrationsbeirats abgekoppelt – dient das der Arbeit des Gremiums? Wie wird sichergestellt, dass die Expertise der sachkundigen Bürger:innen im Integrationsbeirat, eine tatsächlich beratende Funktion für die Verwaltung und den Gemeinderat bietet?
- Wir bitten um einen Tätigkeitsbericht der Quartiersarbeit. Andere Städte haben hier ihren Schwerpunkt in Bezug auf Integration und Inklusion – wie sieht es in Friedrichshafen aus? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, welche Projekte wurden angestoßen? Wie gewinnt man Ehrenamtliche vor Ort und welche Hilfeleistungen werden im Rahmen des BE angeboten? Welche Vernetzungen zu anderen handelnden Akteuren gibt es, bzw. sind im Aufbau?
- Wie viele Kirchengemeinden in Friedrichshafen sind aktuell aktiv in die Integrationsarbeit mit Geflüchteten einbezogen? Wie gestaltet sich die Arbeit vor Ort und wie gelingt die Kooperation mit den zuständigen Ämtern und Abteilungen in der Stadtverwaltung?
- Wie viele Häfler Vereine (Sport- und Kulturvereine) sind aktuell aktiv in der Integrationsarbeit von Geflüchteten tätig? Wie viele Vereine aus der migrantischen Community sind aktiv an der Integrationsarbeit beteiligt? Kann in Zahlen ausgedrückt werden, wie hoch die integrative Leistung in diesem Bereich ist?
- 2015 war die ZU sehr aktiv beteiligt – wie sieht es hier aktuell aus? Damals wurde unter anderem mit dem „Frühstücksbus“ ein herausragendes Modellprojekt ins Leben gerufen, das mit der Unterstützung der Verwaltung außerordentlich erfolgreich gegen platte Parolen wirkte und durch eine intensive Beziehungsarbeit nachhaltig war.
- Wie findet die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und Gruppierungen statt (Runde Tische, Ansprechpartner, Ansprache und Werbung für mögliche Unterstützer:innen, ...)?
- Wie sieht die Praxis der Querschnittsaufgabe „Flucht / Migration“ innerhalb der Verwaltung aus?

## **7. Aktuelle politische Diskussion: „12-Punkte-Plan für eine realitätsbezogene Flüchtlingspolitik“**

- Die dort genannten Punkte 1 / 6 / 8 / 9 / 10 / 11 sind für unsere Fraktion schlüssig und stimmig. Kritisch hinterfragen möchten wir jedoch Punkt 2, die „Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen der EU“
  - Wir meinen, dass es aus gutem Grund in Europa, aber auch innerhalb Deutschlands, durchaus signifikant unterschiedliche Tarifgebiete und damit EU-weit sehr unterschiedliche Lohnniveaus gibt, da bei Tarifabschlüssen auch die Lebenshaltungskosten von Beschäftigten (und Inflation) eine Rolle spielen.

- Die Beschäftigungssituation sowie Lebenshaltungskosten sind EU-weit sehr unterschiedlich, es gibt hier u.a. ein Nord-Süd-Gefälle, ...
- Zielt diese Forderung in ihrer Wirkung darauf ab, Geflüchtete in Billiglohnländer abzuschieben, weil wir in BW meinen, besonders hart betroffen zu sein?
- Ist das die „Solidarität mit besonders betroffenen EU-Ländern“ oder mit wirtschaftlich schwächeren Ländern in der EU?
- Hier wünschen wir uns von den Verfassern eines solchen 12-Punkte-Plans – oder der Verwaltung der Stadt Friedrichshafen, die uns diesen 12-Punkte-Plan in einer Resolution vorstellt – Antworten auf diese Fragen.
- Als völlig unausgegoren betrachten wir die Punkte 3 / 4 / 5 / 7 „Nationale Ankunftscentren installieren“ / „schnelle Klärung“ / „Rückführung“ / „Verteilung auf die Länder nur mit Bleibeperspektive“. Das mag ohne weiterführende Betrachtung wie ein populärer Lösungsansatz wirken, mit dem die Menge unsere administrativen Aufgaben in BW reduziert würde. Bei einer verantwortlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema stellen sich für uns aber die folgenden Fragen:
  - Wo sollte eine solche Einrichtung lokalisiert werden?
  - Spielt die Akzeptanz innerhalb der dort in Nachbarschaft lebenden Bevölkerung hier eine untergeordnete Rolle?
  - Gibt es Bundesländer, die sich dazu bereit erklären, solch eine Einrichtung bei sich zu installieren?
  - Unserer Meinung nach hätte dies zur Folge, dass wir das Problem lediglich von uns weg verlagern. Dies kann deshalb keine gute und tragbare Lösung sein.
  - Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer derartigen „Konzentration“ von Geflüchteten? Wo sollte eine solche in Deutschland koordiniert werden? Eine Auslagerung in andere Länder, wie z.B. Griechenland (Moria) lehnen wir ab.
  - Wie würde die juristische Begleitung der Verfahren an solch zentralisierten Orten ablaufen? Woher kommen Rechtsanwälte und Richter, die die Verfahren bearbeiten?
  - Wie passt das zum föderalistischen System in Deutschland?
  - Den Ansatz „Schnellverfahren“ halten wir für höchst fragwürdig, mindestens aber erklärungsbedürftig.
  - Schnellere und einfachere Abläufe: Wer flieht und um sein Leben fürchtet hat nicht immer alle geforderten Papiere (Ausweise, Zeugnisse, Ausbildungsabschlüsse) bei sich.

Die vorgeschlagene Einführung von „Schnellverfahren“ halten wir auch vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen (s. Sofortprogramm) für fragwürdig: Heute, mit den vermeintlich „zu langsamen Verfahren“, gibt es eine Fehlerquote von 17,6 %, die vor Gericht bei Ablehnung dann doch recht bekommen! Wir befürchten, dass diese Fehlerquote bei „Schnellverfahren“ dann noch deutlich höher ausfallen könnte! Wir schicken Menschen dorthin zurück, obwohl sie ein Asylrecht oder Aufenthaltsrecht oder eine Duldung verdient hätten!

Hier stellt sich uns die Frage, wie diese Forderung des Gemeindetags mit unserem Grundgesetz, den internationalen Menschenrechten, den Genfer Konventionen und dem Asylrecht zusammenpasst? Wir schlagen deshalb vor, hier zuerst den Prozess zu optimieren, um die Fehlerquoten zu reduzieren und erst dann die erforderlichen Schritte zur Beschleunigung anzugehen.

- Die Forderung 12, die Arbeitsmarktmigration bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, sehen wir als den Punkt mit höchster Priorität, der als Forderung ganz oben auf der Liste stehen sollte.

## **8. Vorschlag für Sofortmaßnahmen einer Begrenzungsstrategie**

- (1) Begrenzung irregulärer Zuwanderung an Außengrenzen durch Grenzkontrollen an deutschen Außengrenzen halten wir für eine Illusion, s. dazu unsere Ausführungen weiter oben.
- (2) Die Ausweisung sicherer Herkunftsländer halten wir grundsätzlich für sinnvoll, wenn die Voraussetzungen tatsächlich und nachweislich gegeben sind. Hier sehen wir allerdings die Türkei sehr kritisch, die sich mehr und mehr zu einer Diktatur entwickelt, die ethnische Minderheiten (Kurden) nicht gleichberechtigt behandelt und auch Andersdenkende und Oppositionelle verfolgt und ohne Prozesse in Haft hält, selbst wenn sie keine türkischen Staatsbürger:innen sind.
- (3) und (4) Beschleunigung der Asylverfahren, Entscheidungen in der Erstaufnahme: S. Kommentierung oben: „Schnellverfahren“ auf Basis einer Fehlerquote von heute schon 17,6% werden bedrohten Menschen nicht gerecht. 17,6% Menschen wird zunächst das Bleiberecht fälschlicherweise verweigert. Dass hier das Wort „lediglich“ genutzt wird, zeugt von wenig Empathie bei den Verfassern gegenüber dem Schicksal der vom Tode bedrohten Menschen. – s.o.
- (7) Anreize für Sekundärmigration reduzieren: Dazu ein Zitat aus der Tagesschau vom 12.10.2022 – „Jedes Mal, wenn die Zahl der Geflüchteten nach Deutschland steigt, wird in der Politik über die sogenannten Pull-Faktoren diskutiert. Dabei halten Migrationsexperten diese Theorie längst für überholt.“ Sozialstandards zu senken nutzt nachweislich nichts, wenn man die Zuwanderung nach Deutschland deutlich spürbar eindämmen will.
- (8) Die Forderung an die Bundesregierung, „die EU-Regelung darf auf keinen Fall blockiert werden“ ist unausgegoren und für den Gemeindetag Baden-Württemberg unangemessen. Diese Forderung bedeutet im Umkehrschluss einen Vertragsabschluss um jeden Preis und würde unsere deutschen Interessenvertreter in den Verhandlungen völlig erpressbar machen. Der Gemeindetag sollte hier besser seinen ureigenen Aufgaben nachkommen und praktikable Lösungsvorschläge sowie best-Practice-Beispiele entwickeln und gute Möglichkeiten für Austausch und Vernetzung schaffen, die ein Gelingen und Bewältigen der Krise befördern, anstatt sich intensiv um die deutsche Außenpolitik zu kümmern.

## **9. Was uns in der vorliegenden Erklärung völlig fehlt: Zahlen, Daten, Fakten zum Thema Migration im Allgemeinen:**

- Ein Blick in die Welt und nicht nur auf unsere Betroffenheit in Friedrichshafen, Baden-Württemberg und Deutschland wäre zur richtigen Einordnung in die Gesamtsituation angemessen und erforderlich. Die Realität ist leider sehr viel komplexer als sie uns bis zu unserem eigenen Tellerrand erscheinen mag. Für eine differenzierte Betrachtung und Diskussion erwarten wir vom Gemeindetag und der Verwaltung solche Informationen in der Resolution.
  - Prozentual ist Migration über viele Jahre (1960-2017) weltweit stabil bei ca. 3%
  - Allerdings ist die Menschheit seither gewachsen, die absoluten Zahlen sind seither um 165 % gestiegen.

- Die von der UNHCR berichtete Zahlen steigen zuletzt auch deshalb deutlich, weil Binnenflüchtlinge neuerdings mit berücksichtigt werden.
- Hierbei ist zu beachten, dass 97 % aller Geflüchteten im jeweiligen Land oder in der Region bleiben.
- Die eigentlichen Flüchtlingskrisen sind also i.d.R. nicht bei uns, sondern an anderen Orten und Regionen:
- Beispiel Afghanistan: Von 2,6 Mio. Geflüchtete leben 2,2 Mio. im Iran oder in Pakistan.
- Ukraine: 5,9 Mio. Ukrainer:innen leben derzeit verteilt in Europa, 1,1 Mio. in Deutschland, aber 3,7 Mio. in der Ukraine (und prozentual mehr in unseren Nachbarländern). Weitere 17,6 Mio. Menschen in der Ukraine sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Quelle: Artikel „Die Mythen der Migration“ aus der Zeitschrift *Publik Forum*, als Zusammenfassung des Buches des langjährigen niederländischen Migrationsforschers Hein de Haas, Professor in Oxford.

- Wo ist die Wertschätzung gegenüber jenen Menschen, die nach Friedrichshafen zugezogen sind und die Stadt aktiv mitgestalten? Wir feiern ein Interkulturelles Stadtfest mit migrantischen Vereinen, die sich nicht alleine um kulturelle Vielfalt verdient machen, sondern auch Bildungsarbeit leisten und damit Teil der Integration sind? Einige der Persönlichkeiten wurden gerade in einer sehenswerten Ausstellung im Medienhaus mit ihrer wertvollen Arbeit für die Stadt Friedrichshafen vorgestellt. Diese Menschen machen die Stadt um Facetten reicher und stellen keine „Last“ dar, wie sich die Formulierungen der Resolution zusammenfassen ließe.

**10. Wer weniger Geflüchtete unterbringen möchte, muss Fluchtursachen bekämpfen. Dieser Hinweis und die dafür notwendigen Maßnahmen werden in der vorliegenden Resolution gänzlich ausgespart. Zu Unrecht, wie wir meinen.**

- Klimaschutz als wesentlicher Faktor: Wenn in südlichen Regionen wegen der fortschreitenden Klimakatastrophe Wasser und Nahrung knapp werden, Überflutungen oder Dürren die Heimat von Zigtausenden unbewohnbar machen, lokale Konflikte, Kriege, Vertreibungen die Existenz bedrohen, führt dies unweigerlich zu steigenden Fluchtzahlen, von denen auch Europa betroffen ist.
- Fairer Handel und Globale Gerechtigkeit als Lösungsansatz: Die Menschen im Globalen Süden werden häufig für unsere Bedürfnisse ausgebeutet. Die allermeisten Kaffee- und Kakaobäuer:innen leben unterhalb des Existenzminimums. Auch von der i.d.R. sehr umweltschädlichen Ausbeutung von Rohstoffen in diesen Regionen profitieren überwiegend global agierende Konzerne und die Bevölkerungen in den industrialisierten Ländern des Nordens.
- Aufklärung und Ehrlichkeit: „Wer die Welt verändern will, sollte bei sich selbst anfangen, um zu merken, dass sie sich eigentlich gar nicht so leicht verändern lässt.“ (Willy Meurer). Wer den Menschen heute verspricht, dass sie ihr Leben weiterhin so leben können, wie sie es gewohnt sind, täuscht entweder sich - oder die Menschen.

Der Klimawandel und die weltweit ständig zunehmenden Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen sowie weitere Krisen wie jüngst die Pandemie betreffen jede und jeden einzelnen von uns. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen und geeignete Maßnahmen treffen müssen. Ein Festhalten am Status quo wird die Herausforderungen unserer Zeit nicht lösen.

**Fazit:**

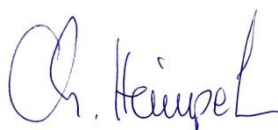
Wir haben die unseres Erachtens berechnigte Erwartung an den Gemeindegag Baden-Württemberg und an die Verwaltungsspitzen in den Gemeinden, also auch in Friedrichshafen, dass sich die Verantwortlichen in ihrem Handeln weniger von destruktiven Stimmungen, platten Parolen und tendenziösen Umfragen leiten lassen, sondern vielmehr von Zahlen, Daten, Fakten sowie Quervergleichen und damit zu einer sachlich differenzierten Information und fundierten Diskussion zu letztlich guten Entscheidungen in den Räten beitragen.

Vor 75 Jahren verabschiedeten die Vereinten Nationen die Menschenrechtserklärung. Dass genau zum heutigen Zeitpunkt Menschenrechte in vielen Ländern keine Selbstverständlichkeit sind, sollte uns Auftrag sein, um verfolgte Menschen in ihrer Individualität und Not zu schützen. Zum jetzigen Zeitpunkt jedoch das Signal auszusenden „Wir sind überlastet“ tritt eine der größten Errungenschaften der Vereinten Nationen mit Füßen.

Mit freundlichen Grüßen



Anna Hochmuth  
Fraktionsvorsitzende



Christine Heimpel  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

**Anlagen:**

- (1) DEMO – Den Kommunen fehlen Kita- und Schulplätze
- (2) Gastbeitrag kommunale Flüchtlingspolitik – Von der Krise zur Chance der nachhaltigen Entwicklung: Wir sind Karlsruhe! Kommunale Integrationspolitik, eine Handreichung für die kommunale Praxis, Friedrich Ebert Stiftung
- (3) Für einen Menschenrechtspakt in der Flüchtlingspolitik – ein Aufruf von 270 Wissenschaftler:innen
- (4) Südkurier: Konstanz kann das schaffen! Bürger suchen lieber Lösungen als Probleme
- (5) Integrationszentrum Weingarten: [https://www.stadt-weingarten.de/leben-und-lernen/migration+\\_integration/integrationszentrum](https://www.stadt-weingarten.de/leben-und-lernen/migration+_integration/integrationszentrum)